

Ausgezeichnet 
2019/20 Wettbewerb für
vorbildliche Bürgerbeteiligung



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und nukleare Sicherheit

**Umwelt
Bundesamt** 

Ausgezeichnet 

2019/20 Wettbewerb für
vorbildliche Bürgerbeteiligung 

Finalistinnen und Finalisten

Finalistinnen und Finalisten im Wettbewerb „Ausgezeichnet! – Wettbewerb für vorbildliche Bürgerbeteiligung“

Folgende 11 Projekte wurden in einer Vorauswahl durch die Jury unter allen Einreichungen als Finalistinnen und Finalisten nominiert. Diese Projekte erhalten die Möglichkeit ihren vorbildlichen Verstetigungsprozess von Bürgerbeteiligung im Rahmen einer Fachtagung in Berlin vorzustellen.

In der Kategorie „Von Verwaltung vorangetrieben“:

- Hochrheinkommission
- Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer Stadt Hamburg
- Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg
- Stadt Hoyerswerda
- Stadt Karben
- Stadt Konstanz
- Stadt Köln
- Stadt Weinstadt

In der Kategorie „Von öffentlichen Unternehmen vorangetrieben“:

- Zweckverband Stadt-Umland-Bahn Nürnberg - Erlangen – Herzogenaurach

In der Kategorie „Von Bürgerinnen und Bürgern vorangetrieben“:

- Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz Berlin
- Stadt Augsburg

KATEGORIE: VON VERWALTUNG VORANGETRIEBEN

Hochrheinkommission

Kurzinformation

Institution	Hochrheinkommission
Website	www.hochrhein.org
Kategorie	Von Verwaltung vorangetrieben
Zielgruppe	Bürgerinnen und Bürger
Beteiligungsformate	Vor-Ort-Formate

Verstetigungsprozess

Mit der Entwicklung der neuen Strategie der Hochrheinkommission wurde das Themenfeld Begegnung, zu welchem Beteiligung gehört, als Schwerpunkt definiert. Ziel der Beteiligung ist, eine nachfrageorientierte Leistung zu erbringen, die sich an den Nutzerinnen und Nutzern der Leistungen der Hochrheinkommission ausrichtet; seien es Bürgerinnen und Bürger oder aber auch Kolleginnen und Kollegen aus diversen Fachstellen. Ergebnis ist, dass die Dienstleistungen und Angebote von Bürgerinnen und Bürgern in der Form von "Prototyping" entwickelt werden und die jeweilige Zielgruppe in der Entstehung miteinbezogen wird.

Beispielprojekt für vorbildliche Beteiligung

Grenzüberschreitender Bürgerdialog mit Zufallsbürgerinnen und -bürgern

Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer

Kurzinformation

Institution	Stadt Hamburg
Website	www.lsbg.hamburg.de
Kategorie	Von Verwaltung vorangetrieben
Zielgruppe	Bürgerinnen und Bürger / Stakeholder
Beteiligungsformate	Vor-Ort-Format / Online-Formate

Verstetigungsprozess

Im LSBG ist seit Anfang 2016 eine Stelle besetzt, die sich explizit mit dem Partizipationsthema befasst und dieses Thema konsequent und professionell im Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer (LSBG) etabliert. Die Arbeit erfolgte zunächst projektbezogen im Senatsprogramm „Busbeschleunigung“, da hier der Partizipationsbedarf besonders gravierend war. Aufgrund der generellen Bedeutungszunahme von Partizipation für die Planung und Umsetzung von Infrastrukturvorhaben, wurde auf Bestreben des Geschäftsführers diese Aufgabe 2018 aus dem Projekt herausgelöst und zentral bei der Geschäftsführung angesiedelt. Zielsetzung war es, die Partizipationsexpertise allen planenden Ingenieurinnen und Ingenieuren des LSBG als Beratung und Unterstützung zur Verfügung zu stellen und gleichzeitig die Verstetigung des Partizipationsthemas institutionsumfassend zu ermöglichen. Gut vier Jahre nach Beginn des Professionalisierungsprozesses hat das Partizipationsthema einen hohen Stellenwert und eine entsprechende Präsenz im LSBG: Zu Projektbeginn wird die Partizipationsrelevanz kriterienbasiert bewertet und zugeschnittene Partizipationsmaßnahmen (Vor-Ort- und Online-Formate) festgelegt. Partizipationsprozesse werden durch umfassende Stakeholder Analysen begleitet. Es wird zu jeder partizipativen Veranstaltung ein Feedback der Beteiligten über einen Kurzfragebogen erhoben und in einem Jahresbericht aggregiert. Mehrmals im Jahr werden Informations-, Austausch- und Weiterbildungsformate zu Partizipation für die Mitarbeitenden angeboten.

Beispielprojekt für vorbildliche Beteiligung

Partizipationsverfahren zur Umgestaltung des Bushaltestellenumfeldes Farmsen

Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg

Kurzinformation

Institution	Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg
Website	www.um.baden-wuerttemberg.de
Kategorie	Von der Verwaltung vorangetrieben
Zielgruppe	Bürgerinnen und Bürger / Stakeholder
Beteiligungsformate	Vor-Ort-Format / Online-Formate

Verstetigungsprozess

Das Umweltministerium nutzt zur Stärkung und Umsetzung von Beteiligung Werkzeugen und Konzepten, die auf Landesebene, insbesondere im Staatsministerium, entwickelt wurden.

Bei konkreten Projekten, die geeignet sind, steht eine frühzeitige und umfassende Bürgerbeteiligung im Vordergrund. Dafür möchte das Staatsministerium die Kommunen und andere Beteiligte an die Hand nehmen und neue Wege für eine Beteiligung aufzeigen. Dies gelingt z.B. mithilfe des „Leitfadens für eine neue Planungskultur“. Einzigartig ist die Besetzung des Amtes der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung. Mit Staatsrätin Gisela Erler sind das personelle Engagement und die Ressourcen für die Entwicklung langfristiger Strukturen für Bürgerbeteiligung geschaffen.

Das Umweltministerium nutzt die Strukturen des Staatsministeriums und wendet sie vorrangig an, anstatt Parallelstrukturen zu schaffen. Zum regelmäßigen Austausch gibt es einen Kabinettsausschuss „Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung“ und eine entsprechende interministerielle Arbeitsgruppe. In diesen Gremien tauscht das Umweltministerium Informationen und Erfahrungen zu geplanten, laufenden und beendeten Beteiligungsverfahren mit anderen Ministerien aus. Das Staatsministerium stellt einen Rahmenvertrag zur Rekrutierung der Zufallsbürgerinnen und -bürger für das Land zur Verfügung. Im Umweltministerium gibt es eine Koordinierung der hausinternen Aktivitäten und des Kontakts mit der Stabsstelle der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung.

Beispielprojekt für vorbildliche Beteiligung

Öffentlichkeitsbeteiligung zur Fortschreibung des Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzepts Baden-Württemberg

Hinweis: Eines der Jury-Mitglieder gehört ebenfalls der Landesregierung von Baden-Württemberg an. Das betreffende Jury-Mitglied enthält sich bei diesem Projekt der Bewertung.

Stadt Hoyerswerda

Kurzinformation

Institution	Stadt Hoyerswerda
Website	www.hoyerswerda.de
Kategorie	Von der Verwaltung vorangetrieben
Zielgruppe	Ausschließlich an Bürgerinnen und Bürger
Beteiligungsformate	Vor-Ort-Format / Online-Formate

Verstetigungsprozess

Im Jahr 2019 wurde erstmalig für die Stadt Hoyerswerda ein Bürgerhaushalt aufgestellt. Der Stadtrat beschloss am 27.11.2018 die Gelder, die Hoyerswerda aus dem Gesetz über die Gewährung pauschaler Zuweisungen zur Stärkung des ländlichen Raumes im Freistaat Sachsen in den Jahren 2018 bis 2020 erhält, zum Bürgerhaushalt zusammenzufassen und wie folgt aufzuteilen: 140.000 € für den Bürgerhaushalt 2019 und 70.000 € für den Folge-Bürgerhaushalt 2020.

Der Bürgerhaushalt ist ein Instrument der Bürgerbeteiligung. Durch eine aktive Mitwirkung hat die Bürgerschaft die Möglichkeit, Einfluss auf die Verwendung öffentlicher Gelder zu nehmen. Sie kann damit vor allem Projekte zur Umsetzung zu bringen, für die bisher im städtischen Haushalt kein Raum war.

Der erste Bürgerhaushalt 2019 fand erfolgreich statt. Einige Einzelmaßnahmen befinden sich noch in der Realisierung. Das entwickelte und praktizierte Verfahren hat sich bewährt und wird auch für den Bürgerhaushalt 2020 angewendet. Darüber hinaus hat sich der Stadtrat bereits dazu verständigt, das Projekt „Bürgerhaushalt“ über das Jahr 2020 hinaus fortzuführen.

Für die konzeptionelle Umsetzung des Gesamtverfahrens Bürgerhaushalt wurde die Stelle „Sachbearbeitung Bürgerbeteiligung“ innerhalb der Stadtverwaltung geschaffen. Hier ist ebenfalls die Aufgabe der Einbeziehung der Bürgerschaft in die Konzept- und Leitbilderstellungen der Stadt sowie bei Vorhaben zur strukturellen Weiterentwicklung der Stadt angesiedelt.

Beispielprojekt für vorbildliche Beteiligung

Bürgerhaushalt Hoyerswerda

Stadt Karben

Kurzinformation

Institution	Magistrat der Stadt Karben
Website	www.Karben.de
Kategorie	Von der Verwaltung vorangetrieben
Zielgruppe	Bürgerinnen und Bürger / Stakeholder
Beteiligungsformate	Vor-Ort-Format / Online-Formate

Verstetigungsprozess

Ausgangssituation: September 2018 stellte die gemeinnützige Petitionsplattform openPetition ihr openDemokratie-Tool, kurz opTo, Karbens Bürgermeister vor. opTo ist eine Mini-Petitionsplattform. Sofort wurde das Interesse von Politik und Verwaltung für die Möglichkeit, Bürgerbeteiligung in Karben transparenter, verbindlicher und einfacher zu machen, geweckt.

Rahmenbedingungen: Es wurde ein Vertrag zwischen openPetition und der Stadt Karben geschlossen. Der Bürgermeister beschloss außerdem, dass die Stadt sich verpflichtet, auf alle Anliegen zu reagieren und beim Erreichen von 470 Unterstützungs-Unterschriften auf Bürgeranliegen das Thema in einer Sitzung zu behandeln. Die Implementierung von opTo ist ein gemeinsames Pilotprojekt zwischen openPetition und der Stadt Karben.

Ziele: Die Stadt Karben und openPetition engagieren sich für mehr Bürgerbeteiligung und senken Hürden für politische Teilhabe. Karbens Bürgermeister Rahn ist sich bewusst, dass eine lebendige Bürgerbeteiligung auch demokratiefördernd ist und Extremismus vorbeugt.

Beteiligte: Verwaltungsleiter Hans-Jürgen Schenk (Karben), Bürgermeister Guido Rahn (Karben), openPetition (Rita Schuhmacher, Jessica Seip und Gründer Jörg Mitzlaff).

Ergebnisse des Prozesses: Alle Bürgerinnen und Bürger können ganz leicht eine Petition zu ihrem Anliegen erstellen und online sowie offline (Unterschriftenbögen) Unterstützung finden. Das ist ein Bürger-Politik-Dialog im 21. Jahrhundert, der einfach, wirkungsvoll und transparent abläuft.

Beispielprojekt für vorbildliche Beteiligung

Petition "Freier Schwimmbadeintritt für alle Karbener Kinder"

Stadt Konstanz

Kurzinformation

Institution	Stadt Konstanz
Website	www.konstanz.de
Kategorie	Von der Verwaltung vorangetrieben
Zielgruppe	Bürgerinnen und Bürger / Stakeholder
Beteiligungsformate	Vor-Ort-Format / Online-Formate

Verstetigungsprozess

Bürgerbeteiligung hat in Konstanz eine lange Tradition. Sie gründet sich in der Geschichte der größten Stadt (85.000 Einwohnerinnen und Einwohner) am Bodensee, seinen beiden Hochschulen (2018: 16.000 Studierende) und einer großen Bereitschaft seitens der Verwaltung bzw. Politik die Bürgerschaft in Planungsprozesse einzubinden. Die Erfahrungen aus den vielen Bürgerbeteiligungsprozessen führten in der Stadt Konstanz zu der Erkenntnis, dass es eine Verständigung über Rahmenbedingungen, Begrifflichkeiten, Prozess- bzw. Ergebnisqualität und insbesondere über Informationsverhalten gegenüber der Öffentlichkeit kommen muss. Aus diesem Grund wurde 2013 die Stelle eines Beauftragten für Bürgerbeteiligung und Bürgerschaftliches Engagement geschaffen.

Die beiden Arbeitsfelder Förderung Bürgerschaftliches Engagement und (politische) Beteiligung bilden eine strategische Einheit, da klassisches, freiwilliges Engagement (Vereine, Nachbarschaften) zur Ermächtigung der Bürgerschaft führt und somit mittelbar die Bürgerbeteiligung ertüchtigt.

Oberbürgermeister Uli Burchardt beauftragte 2014 die Erstellung von Leitlinien für Bürgerbeteiligung für die Stadt Konstanz. Sie wurden daraufhin in einem dialogischen Prozess (jeweils 7 Vertreterinnen und Vertreter aus Bürgergemeinschaften, Gemeinderatsfraktionen und Verwaltung) mit Unterstützung der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement erarbeitet und vom Gemeinderat 2016 beschlossen.

In der Folge wurden Schulungen für Verantwortliche in den Fachämtern durchgeführt, um die Leitlinien für Bürgerbeteiligung zu erläutern.

Beispielprojekt für vorbildliche Beteiligung

Zukunftsstadt Konstanz – Modellquartier Christiani-Wiesen

Stadt Köln

Kurzinformation

Institution	Stadt Köln - Büro der Oberbürgermeisterin, Referat für Strategische Steuerung
Website	www.mitwirkungsportal-koeln.de
Kategorie	Von der Verwaltung vorangetrieben
Zielgruppe	Bürgerinnen und Bürger / Stakeholder
Beteiligungsformate	Vor-Ort-Format / Online-Formate

Verstetigungsprozess

Köln zielt auf eine zukunftsfähige Beteiligungskultur, die auf Transparenz, Dialog und einem verlässlichen Miteinander von Stadtgesellschaft, Politik und Verwaltung fußt. Grundlage sind Leitlinien und Qualitätsstandards für systematische Öffentlichkeitsbeteiligung. Sie sind in einem mehrjährigen Prozess durch Verwaltung, Politik und Stadtgesellschaft entwickelt und Ende 2018 vom Rat der Stadt Köln einstimmig beschlossen worden.

Der Kern der Leitlinien ist:

- Bürgerinnen und Bürger können zu allen Beschlüssen der Stadt Köln eine Öffentlichkeitsbeteiligung anregen und dies soll, soweit formal möglich und ausreichend Spielraum und Zeit besteht, auch geschehen.
- Alle Beschlussvorlagen der Verwaltung werden um eine begründete Empfehlung zur Beteiligung und ggf. auch zur Gestaltung der Beteiligung ergänzt.
- Das jeweils zuständige Gremium der Stadt entscheidet über das „Ob“ und ggf. auch über das „Wie“ einer Öffentlichkeitsbeteiligung.

Die Umsetzung ist in einer Pilotphase bis Mitte 2020 zunächst auf Beschlüsse in eigener Zuständigkeit des Ausschusses für Umwelt und Grün und der Bezirksvertretung Nippes begrenzt. Danach ist eine Ausweitung beabsichtigt.

Für die Umsetzung hat die Stadt Köln ein kooperatives Büro für Öffentlichkeitsbeteiligung im Dezernat der Oberbürgermeisterin eingerichtet. Neben den städtischen Mitarbeitenden arbeitet ein zivilgesellschaftlicher Teil in Trägerschaft der Kölner Freiwilligen Agentur e.V.

Beispielprojekt für vorbildliche Beteiligung

Kulturraum Kölner Friedhöfe 2025

Stadt Weinstadt

Kurzinformation

Institution	Stadt Weinstadt
Website	www.weinstadt.de
Kategorie	Von der Verwaltung vorangetrieben
Zielgruppe	Bürgerinnen und Bürger / Stakeholder
Beteiligungsformate	Vor-Ort-Format / Online-Formate

Verstetigungsprozess

In Weinstadt gibt es eine langjährige Beteiligungskultur auf verschiedenen Ebenen. Seit Jahren begleiten und beraten verschiedene Gremien Politik und Verwaltung. Im Jugendgemeinderat, Stadtseniorenrat, Integrationsbeirat und Behindertenbeirat engagieren sich eine Vielzahl von Bürgerinnen und Bürgern für ihre gemeinsame Stadt. Darüber hinaus wurde 2015 anlässlich der Planungen für den Mitmach-Park Weinstadt und der LGS Remstal 2019 eine eigene „Geschäftsstelle für Bürgerschaftliches Engagement“ eingerichtet. Diese ist Ansprechpartnerin, Anlaufpunkt und Koordinatorin für alle Aktivitäten rund um Beteiligung und Bürgerschaftliches Engagement. Insbesondere in der Stadtentwicklung werden Bürgerinnen und Bürgern eingeladen aktiv mitzuwirken – übergeordnet wie auch anlassbezogen. Von 2012-14 wurde mit breiter Beteiligung in vielfältigen Formaten das „Kursbuch Weinstadt 2030“ entwickelt. Die zentrale Fragestellung dabei: „Wie und wohin soll sich Weinstadt in Zukunft entwickeln?“. Eine Vielzahl angestoßener Projekte ist mittlerweile fertiggestellt. Eines der wichtigsten Projekte, die daraus entstanden sind, ist der Mitmach-Park/der Bürgerpark Grüne Mitte. An zentraler Stelle zwischen den Ortsteilen wird eine gemeinsame Mitte entwickelt – unter intensiver Beteiligung und Teilhabe. Das hierzu vom Büro A24 Landschaft 2014 erstellte Beteiligungskonzept wird bis 2021 schrittweise durchgeführt. Ein eigens dafür eingerichtetes Kuratorium, das den Querschnitt der Bürgerinnen und Bürgern abbildet, begleitet das Projekt maßgeblich.

Beispielprojekt für vorbildliche Beteiligung

Mitmach-Park/Bürgerpark Grüne Mitte

KATEGORIE: VON ÖFFENTLICHEN UNTERNEHMEN VORANGETRIEBEN

Zweckverband Stadt-Umland-Bahn Nürnberg - Erlangen – Herzogenaurach

Kurzinformation

Institution	Zweckverband Stadt-Umland-Bahn Nürnberg - Erlangen - Herzogenaurach
Website	www.stadtumlandbahn.de
Kategorie	Von öffentlichen Unternehmen vorangetrieben
Zielgruppe	Bürgerinnen und Bürger / Stakeholder
Beteiligungsformate	Vor-Ort-Format / Online-Formate

Verstetigungsprozess

Die Stadt-Umland-Bahn (StUB) soll als nachhaltige Verkehrslösung Nürnberg, Erlangen u. Herzogenaurach verbinden. Zur Umsetzung wurde der Zweckverband StUB (ZV StUB) gegründet. Von der Vorplanung über die detailliertere Planung u. Bauphase bis hin zur Inbetriebnahme: Die Bürgerinnen und Bürger sollen in alle Projektphasen aktiv eingebunden werden. In der 1. Planungsphase (2017 bis 2019) wurde der grobe Streckenverlauf festgelegt. Ziel der Bürgerbeteiligung in dieser Phase war es, Ideen für die Linienführung zu sammeln, die Planungsgrundlage zu optimieren und Bürgerinnen und Bürger in die Planung einzubinden. Neben einer Onlineplattform, über die die Bürgerinnen und Bürger Vorschläge einreichen konnten, veranstaltete der ZV StUB 15 Veranstaltungen (z. B. Vor-Ort-Begehungen). „Herzstück“ der Bürgerbeteiligung ist das Dialogforum. Es besteht aus einem festen Teilnehmerkreis. Zusätzlich können sich alle interessierten Bürgerinnen und Bürger einbringen. Über die verschiedenen Beteiligungsformate konnten über 1.000 Vorschläge zum Streckenverlauf gesammelt und daraus über 100 Varianten erarbeitet werden, die untersucht und mit der Bürgerschaft diskutiert wurden. Das Ergebnis ist die aussichtsreichste Streckenführung, die derzeit als sog. Vorzugstrasse im Raumordnungsverfahren geprüft wird. Die Planungsgrundlage wurde an verschiedenen Stellen mit Hilfe der Bürgerinnen und Bürger optimiert. Hervorzuheben ist der sensibelste Streckenbereich, die Regnitz Querung. Hier folgt die Vorzugstrasse einem Bürgervorschlag, der über den Onlinedialog eingegangen war.

Beispielprojekt für vorbildliche Beteiligung

1. Planungs- und Dialogphase zur Stadt-Umland-Bahn - Ermittlung der Vorzugstrasse für das ROV

KATEGORIE: VON BÜRGERINNEN UND BÜRGERN VORANGETRIEBEN

Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz Berlin

Kurzinformation

Institution	Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz Berlin
Website	www.berlin.de/sen/uvk
Kategorie	Von Bürgerinnen und Bürgern vorangetrieben
Zielgruppe	Bürgerinnen und Bürger / Stakeholder
Beteiligungsformate	Vor-Ort-Format / Online-Formate

Verstetigungsprozess

Die Berlinerinnen und Berliner haben die Öffnung des ehemaligen Flughafens Tempelhof im Jahr 2010 so positiv aufgenommen, dass sie mit einem Volksentscheid zum Erhalt des Tempelhofer Feldes (ThFG) am 25. Mai 2014 festlegten, dass die einzigartige Freifläche grundsätzlich dem Schutz der Natur und der Erholungs- und Freizeitnutzung dienen möge. Aus dem ThFG leitet sich die Erstellung eines Entwicklungs- und Pflegeplanes (EPP) für das Tempelhofer Feld unter Öffentlichkeitsbeteiligung ab. Von September 2014 bis Mai 2016 erstellten Bürgerinnen und Bürger gemeinsam mit der zuständigen Senatsverwaltung und der landeseigenen Grün Berlin GmbH (Parkentwicklung und -pflege) den EPP. Im Ergebnis dieser kollaborativen Arbeit werden die im ThFG verankerten Schutzziele für Naturschutz, Landschaft und Klima konkretisiert, die wechselhafte Geschichte erlebbar gemacht, das Feld für Freizeit, Erholung, Sport und Kultur weiterentwickelt sowie die künftige Zusammenarbeit zwischen Bürgerschaft, Politik und Verwaltung geregelt. Bis heute tagen die gesetzten Gremien und befassen sich Schritt für Schritt mit den umzusetzenden Handlungsempfehlungen des EPP. Die monatlich tagende Feldkoordination, in der Bürgerinnen und Bürger, Senatsverwaltung und Grün Berlin GmbH vertreten sind, ist das zentrale koordinierende Gremium. Das Feldforum, das mindestens einmal pro Jahr tagt und für alle Interessierten offen ist, entscheidet über die Empfehlungen für das weitere Vorgehen. So wurde von Beginn an ein sich verstetigender Prozess geplant.

Beispielprojekt für vorbildliche Beteiligung

Gemeinsame Erarbeitung des Entwicklungs- und Pflegeplanes

Stadt Augsburg

Kurzinformation

Institution	Lokale Agenda 21 - für ein zukunftsfähiges Augsburg
Website	www.nachhaltigkeit.augsburg.de
Kategorie	Von Bürgerinnen und Bürgern vorangetrieben
Zielgruppe	Bürgerinnen und Bürger / Stakeholder
Beteiligungsformate	Vor-Ort-Format / Online-Formate

Verstetigungsprozess

In der Agenda 21 von 1992 waren im Kapitel 28 alle Kommunen aufgefordert, mit ihrer Bürgerschaft und Unternehmen eine eigene Nachhaltigkeitsagenda zu erarbeiten. In Augsburg ging die Initiative von der Zivilgesellschaft aus und holte dann Stadtrat und Stadtverwaltung mit ins Boot. Es wurde eine städtische Geschäftsstelle für einen Nachhaltigkeitsbeirat aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft eingerichtet. Die Steuerung des Prozesses lag und liegt im Agendateam, dem monatlichen Treffen der Vertreterinnen und Vertreter der (aktuell 30) Agendaforen mit der städtischen Geschäftsstelle. In den Agendaforen sind zahlreiche Bürgerinnen und Bürger aktiv, aber auch einige Unternehmen und Verwaltungsstellen. Hier wurden 2014 und 2015 die "Zukunftsleitlinien für Augsburg" entwickelt, die als orientierende Grundlage für Augsburgs Stadtentwicklung vom Stadtrat beschlossen wurden und von vielen Akteuren der Stadtgesellschaft umgesetzt werden, wie der zweite Nachhaltigkeitsbericht 2018 zeigt. Über den Nachhaltigkeitsbeirat (4 Sitzungen pro Jahr) und die Agendaforen hinaus (individuelle Rhythmen) beinhaltet der Prozess als weitere Beteiligungsmöglichkeiten das Nachhaltigkeitsportal lifeguide-augsburg.de zur Präsentation von u.a. Aktivitäten und Ideen und den seit 2006 jährlich vergebenen Augsburger Zukunftspreis (zur Sichtbarmachung und Unterstützung zivilgesellschaftlicher und unternehmerischer Projekte).

Beispielprojekt für vorbildliche Beteiligung

Zukunftsleitlinien für Augsburg